

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuß)**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3208 –**

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1995

A. Problem

Hinsichtlich der vielfältigen Funktionen der Waldflächen in der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Probleme besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis über den Zustand des Waldes seitens des Deutschen Bundestages.

B. Lösung

In Kenntnisnahme des Berichts der Bundesregierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, das seit 1983 wiederholt fortgeschriebene Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ weiterzuführen, dabei gleichzeitig auf Effektivität zu überprüfen und somit an ihrem Ziel festzuhalten, die Funktionsfähigkeit der Wälder auf Dauer zu erhalten und zu verbessern.

Mehrheitliche Annahme der EntschlieÙung gemäß der Beschlußempfehlung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

folgende Entschlieung anzunehmen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ergebnisse des Waldzustandsberichtes 1995 dienen weder zur Entwarnung noch für düstere Prognosen hinsichtlich der Lebensfähigkeit des deutschen Waldes. Besonders die Wald-kosystemforschungen weisen aus, daß nicht die witterungs- und kalamittsbedingten jährlichen Zustandsschwankungen für die Beurteilung des Waldzustandes entscheidend sind, sondern man nur anhand von langjährigen Beobachtungen Aussagen über das Ausmaß der Waldschäden treffen kann. Danach liegt das Niveau deutlicher Schäden 1995 im Bundesdurchschnitt unter dem Schadensniveau der letzten vier Jahre. Der Abwärtstrend ist somit durchbrochen, der Waldzustand verbessert sich bei Minderung der Streßfaktoren.

Die intensive – von der Bundesregierung wesentlich unterstützte – Forschungstätigkeit über die Ursachen der Waldschäden hat eindeutig bewiesen, daß diese durch eine Vielzahl biotischer und abiotischer Faktoren verursacht werden. Klar ist auch, daß dabei die anthropogenen Luftverunreinigungen eine Schlüsselrolle spielen, die über ihren Eintrag in die Waldböden eine versauernde und düngende Wirkung haben.

Die Luftreinhaltungspolitik der Bundesregierung hat inzwischen unbestreitbare Erfolge erzielt: der Schwefeldioxideintrag ist drastisch zurückgegangen, deutlich auch die hauptsächlich der Landwirtschaft zugeschriebenen Ammoniakemissionen, spürbar auch die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen. Durch die Einführung des Katalysators ist zudem eine leichte Abnahme der Stickoxidemissionen aus dem Straßenverkehr zu verzeichnen. Allerdings steht der positiven Wirkung des Katalysators die steigende Entwicklung des Kfz-Verkehrs gegenüber.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das seit 1983 wiederholt fortgeschriebene Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ weiterzuführen, dabei gleichzeitig auf Effektivität zu überprüfen und somit an ihrem Ziel festzuhalten, die Funktionsfähigkeit der Wälder auf Dauer zu erhalten und zu verbessern.

Folgenden Punkten muß dabei besondere Beachtung geschenkt werden:

- Fortsetzung der konsequenten Politik der Luftreinhaltung,
- Förderung forstlicher Maßnahmen (z. B. Bodenschutzkalkung) zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Waldes gegen Schadeinflsse,

- Weiterführung der Waldschadensforschung, insbesondere der interdisziplinären Waldsystemforschung,
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forstwirtschaft, besonders durch Stärkung der Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe und der Wettbewerbsfähigkeit des Rohstoffes Holz.

Bonn, den 13. November 1996

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Vorsitzender

Wilhelm Dietzel

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Wilhelm Dietzel

1. Beratungsgang

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 110. Sitzung am 13. Juni 1996 die Unterrichtung – Drucksache 13/3208 – beraten und federführend an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung in seiner 41. Sitzung am 13. November 1996 beraten und einmütig beschlossen, dem federführenden Ausschuß zu empfehlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung in seiner Sitzung am 9. Oktober 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, sie einvernehmlich zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 19. Juni 1996 beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuß, die Vorlage einvernehmlich zur Kenntnis zu nehmen.

Der federführende Ausschuß hat die Vorlage in seiner 54. Sitzung am 13. November 1996 beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Seit 1984 führen die Länder die Waldschadenserhebungen nach einem einheitlichen, mit dem Bund ab-

gestimmten und von Wissenschaftlern entwickelten Verfahren durch. Dieses Verfahren liefert mit vertretbarem Aufwand kurzfristig verfügbare Angaben über den Waldzustand. Das Ergebnis der Erhebung spiegelt den Einfluß aller Faktoren, die den Kronenzustand beeinflussen, wider. Diese sogenannte Waldschadenserhebung wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1995 dokumentiert.

3. Beratung im 10. Ausschuß

Bei der Beratung der Vorlage in der 53. und 54. Sitzung am 6. und 13. November 1996 des federführenden Ausschusses war man einvernehmlich der Auffassung, daß nach einer erfolgten Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung des Waldzustandsberichtes auf Drucksache 13/3208 kein Beratungsbedarf mehr bestünde, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und der Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden. Der Waldzustandsbericht wurde daher einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Gleichwohl wurde zu dem Waldzustandsbericht ein Antrag der Fraktion der SPD auf Ausschuß-Drucksache 13/531 in der 54. Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingebracht. Danach soll der Deutsche Bundestag unter anderem feststellen, daß die Situation unserer Wälder nach wie vor dramatisch sei und der Waldzustandsbericht der Bundesregierung ausweise, daß 70 % der Bäume in Deutschland nach wie vor krank seien. Konkrete Maßnahmen zum Schutz des Waldes und zur Sicherung seines Artenreichtums seien dringender denn je geboten. Die Funktionsfähigkeit unserer Wälder müsse auf Dauer erhalten werden. Daher fordere man die Bundesregierung auf, ein Programm zur Be-

kämpfung des Waldsterbens, zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Waldbewirtschaftung und Holzindustrie in sinnvoller Kooperation mit den Bundes- und EU-Ländern vorzulegen.

In gleicher Sitzung wurde von der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. ein Entschließungsantrag auf Ausschuß-Drucksache 13/676 nach Maßgabe der Beschlußempfehlung zum Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1994 vorgelegt. Von seiten der Koalitionsfraktionen wurde angemerkt, daß man dem Antrag der Fraktion der SPD nicht zustimmen könne, da er Forderungen enthalte, die nicht zu realisieren seien. Entgegen der Darstellung in dem Antrag habe die Bundesregierung erhebliches zum Schutz des Waldes geleistet und eine Reihe wirksamer Maßnahmen hierzu veranlaßt und umgesetzt. Im übrigen sei man froh, daß die Prognosen aus den 80er Jahren, der Wald würde großflächig absterben, nicht eingetreten seien.

Die Fraktion der SPD hob nochmals in ihrem Antrag hervor, daß man nicht darüber diskutieren müsse,

wieviel Prozent des Waldes geschädigt seien. Es sei jedoch klar festzustellen, daß mehr als bisher getan werden müsse.

Auch von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag der Fraktion der SPD begrüßt. Dabei wurde hervorgehoben, daß man es für wichtig erachte, von den sogenannten „Stangenplantagen“ wegzukommen und wieder zu einem gesunden Mischwald zu gelangen, um so ein intaktes Ökosystem zu gewährleisten.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Ausschuß-Drucksache 13/673 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Ausschuß-Drucksache 13/676 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS angenommen.

Bonn, den 13. November 1996

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Wilhelm Dietzel

Berichterstatler